



Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

18. Sitzung (öffentlich)

6. Juni 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

14 Uhr bis 16 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
– Der Ausschuss beschließt, die Punkte 1, 4, 6 und 9 von der Tagesordnung abzusetzen.	5
1 Wohnungsangebot sichern – Zweckentfremdung von Wohnungen verhindern	6
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/2895	
– Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.	

- 2 Übersicht über die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege in NRW** **7**
- Vorlage 16/891
- Bericht der Landesregierung
 - Bericht durch Staatssekretär Gunther Adler (MBWSV) **7**
 - Aussprache **7**
- 3 Ermittlung von Grundlagendaten zur transparenten Darlegung von Finanzierungsstrukturen im öffentlichen Nahverkehr im Vergleich zum individualmotorisierten Verkehr in NRW** **11**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1258 – Neudruck
Ausschussprotokoll 16/215
- Beschlussfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Mit den Stimmen von SPD, CDU, Grüne und FDP sowie gegen die Stimmen der Piraten lehnt der Ausschuss den Antrag ab.
- 4 Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen ausbauen – Fernverkehr verbessern** **14**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1474
Ausschussprotokoll 16/216
- Beschlussfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
 - Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

- 5 Berücksichtigung einer Stadtbahntrasse bei den Planungen zum
Neubau der Rheinbrücke Leverkusen 15**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1900
Stellungnahmen 16/608, 16/677 und 16/678
- Beschlussfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen
die Stimmen der Piraten lehnt der Ausschuss den Antrag ab.
- 6 Keine europaweite Einführung von Gigalibern „durch die Hintertür“ –
Folgenabschätzung für NRW dringend erforderlich 18**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2896
- Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.
- 7 Nutzung und weiterer Ausbau der A1 im Kölner Nordwesten 19**
- Vorlage 16/892
- Bericht der Landesregierung
- Bericht durch Staatssekretär Gunther Adler (MBWSV) 19
- Aussprache 19
- 8 Fördermittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)
– Nachfragen 23**
- Vorlagen 16/816 und 16/898
- Bericht der Landesregierung
- Aussprache 23

9 Baustellen- und Staumanagement in Nordrhein-Westfalen 27

Vorlage 16/893

– Bericht der Landesregierung

Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

10 Verschiedenes 28

Der Ausschuss beschließt den Besuch des Neuss-Düsseldorfer Hafens am 9. Juli 2013.

* * *

5 Berücksichtigung einer Stadtbahntrasse bei den Planungen zum Neubau der Rheinbrücke Leverkusen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1900
Stellungnahmen 16/608, 16/677 und 16/678

– Beschlussfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Dieter Hilser teilt mit, der Antrag sei nach Beratung am 23. Januar 2013 im Plenum einstimmig an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr überwiesen worden.

Zu diesem Antrag sei eine schriftliche Anhörung durchgeführt worden.

Oliver Bayer (PIRATEN) führt aus, seine Fraktion habe den Antrag vor dem Hintergrund des Instandhaltungspakets in NRW gestellt. Minister Groschek habe in der vergangenen Woche von Verkehr 2.0 gesprochen. Dieser Verkehr 2.0, in dem nicht mehr so auf das eigene Auto gesetzt werde, kommt nicht nach der Instandsetzung der momentanen Verkehrsinfrastruktur, sondern muss mit Sanierung, Instandhaltung und Ersatzbauwerken einhergehen. Es müsse also dafür gesorgt werden, dass neben dem Auto auch andere Verkehrsträger mit eingeplant würden, und zwar in anderer Form als in den letzten Jahrzehnten. Die Verkehrsinfrastruktur der Vergangenheit sollte nicht für die nächsten 100 Jahre zementiert werden.

Zur Anhörung: Die Vertreter der TU Dresden hätten bestätigt, dass es heute und in nächster Zukunft um einen Paradigmenwechsel, um eine Verkehrswende gehen müsse und dass aus vielen Gründen eine Fortführung der bisherigen Strategien und Konzepte nicht mehr zielführend sei. Dabei müsse aber nicht auf einzelne Aspekte der Fahrzeuge oder des Verkehrs abgehoben werden, sondern im Fokus hätten Aspekte der Mobilität zu stehen.

Schüßler-Plan führte aus, Synergieeffekte bei der Planungszeit und bei den Planungskosten seien bei integrierter Planung und Realisierung möglich. Die Grundidee, beides gleichzeitig zu machen, sei also richtig. Andererseits sei darauf hingewiesen worden, dass ein prophylaktischer Bau von Brücken nicht sinnvoll sei.

Laut der Stellungnahme von Thomas Mager gelte grundsätzlich, dass es im Rahmen einer integrierten Gesamtverkehrsstrategie sinnvoll sei, gleichzeitig zu planen. Darüber hinaus sei sinnvoll, zu überlegen, ob in den nächsten 50 Jahren eine gemeinsame und alternative Nutzung infrage komme. Dies spreche auch auf die Synergien an und hebe hervor, dass eine Stadtbahntrasse eine passende Option wäre, weil diese von einem relativ unbelebten Ort zu einem Leverkusener Zentrum führe.

Die Leverkusener wollten ja gerne eine Tunnellösung. Hierzu habe Thomas Mager ausgeführt, dass eine Tunnellösung nicht ganz so relevant sei, weil auf den verschiedenen Seiten der Stelzenautobahn in Leverkusen unterschiedliche Nutzungsarten anzutreffen seien.

Gestern Abend habe der Stadtrat in Leverkusen beschlossen, dass der Oberbürgermeister dem Minister Groschek einen Brief zukommen lasse, um den aktuellen Planungsstand abzufragen und um deutlich zu machen, dass die Informationen an Politiker und Bürger frühzeitig gegeben und diese frühzeitig beteiligt werden sollten. Es gebe also nicht nur in Leverkusen einen breiten Bedarf, Alternativlösungen zu denken. Der Stadtrat Leverkusen schlage ja statt der Brücke einen Tunnel vor. Laut „Kölner Stadtanzeiger“ wolle auch das Bundesverkehrsministerium eine Tunnellösung untersuchen. Leverkusen sei bereits durch mehrere Autobahnen und Bahnlinien zerschnitten. Die Dominanz der Verkehrsflächen nehme immer weiter zu. Wenn nun die Autobahn A1 breiter gebaut würde, dann nähmen die Verkehrsflächen in Leverkusen noch weiter zu. Dabei sollten doch eigentlich die Verkehrsflächen in der Stadt abnehmen. Die Forderung nach einem Tunnel sei daher im Sinne der Stadtentwicklung und im Sinne eines lebenswerten Lebens in Leverkusen. Generell stelle sich die Frage, wie mit Ersatzneubau umzugehen sei. Autobahnen dürften nicht isoliert von anderen Verkehrsträgern und von Stadtentwicklung betrachtet werden.

Er sehe den Sinn einer Tunnellösung für Leverkusen, wisse aber, dass man nicht ganz NRW untertunneln könne. Von daher blieben nach seiner Ansicht sowohl die Tunnellösung als auch die Stadtbahnlösung im Spiel.

Er bitte darum, dem Antrag zuzustimmen.

Achim Tüttenberg (SPD) begrüßt den Denkansatz. Die Bündelung von Verkehrsträgern sei vernünftig. Hätte man genügend Geld, im vorliegenden Fall genügend Zeit und würde die Annahme zutreffen, dass die Brücke, die dann gebaut würde, tatsächlich garantiert 100 Jahre halte, dann würde man über dieses Thema sicherlich anders denken.

Der vorliegende Fall sei jedoch etwas anders gelagert. Derzeit sei unklar, ob die Brücke noch so lange halte, bis eine neue Brücke den Verkehr aufnehmen könne. Es herrsche also enormer Zeitdruck, jetzt einen Plan zu erstellen, damit der Verkehr dort nicht zusammenbreche.

Des Weiteren gebe es zu wenig Geld angesichts weiterer Brückensanierungsbedürfnisse in einem Ausmaß, wie man es sich vor einigen Jahren noch nicht habe vorstellen können.

Den enormen Bedarf dieser zusätzlichen Nutzung gebe es jedoch nicht. Hätte man den, müsste man noch in eine schwierige Abwägung eintreten. Selbst die beiden betroffenen Städte hätten den vorrangigen Bedarf, den Zeitplan für die Brücke nach hinten zu schieben, um das untersuchen und anschließend realisieren zu können, nicht vorgetragen. Auch der Beschluss des Leverkusener Stadtrats beinhalte das nicht, sondern dieser beinhalte, dass man umfassender und frühzeitiger informiert sollte und die Bürger beteiligt werden sollten.

Vor dem Hintergrund sehe er keinen Anlass, diesem Antrag zuzustimmen.

Henning Rehbaum (CDU) sagt, seine Fraktion habe sich bezüglich dieses Antrags offen gezeigt und angeregt, die Aufgabenträger zu befragen. Diese hätten glaubhaft

dargestellt, dass eine Straßenbahnverbindung über die Brücke nicht benötigt werde. Darüber hinaus würde es bei einer gemeinsamen Planung für Straßen und Straßenbahnverkehr zu Verzögerungen und Verteuerungen kommen. Möglicherweise wäre sogar ein zusätzliches Bauwerk für die Straßenbahn erforderlich. In Zeiten knapper Kassen sei dies sicherlich schwer zu realisieren. Vor diesem Hintergrund spreche er zwar den Lob für diesen Denkansatz aus, rege allerdings an, den Antrag zurückzuziehen, um den Grundgedanken durch eine Ablehnung des Antrags nicht zu zerstören.

Rolf Beu (GRÜNE) legt dar, die Bündelung von Verkehrsträgern unterschiedlicher Art mache Sinn und sei notwendig. In diesem Fall müsse jedoch der Einzelfall betrachtet werden. Entsprechende Wünsche seitens der beteiligten Kommunen und des Aufgabenträgers gebe es nicht. Von daher könne dem Anliegen der Piratenfraktion nicht gefolgt werden.

Er habe zwar viel Sympathie für den Beschluss des Leverkusener Stadtrats aus Leverkusener Sicht, wisse aber nicht, wer eine achtspurige Autobahn unter dem Rhein finanzieren sollte.

Oliver Bayer (PIRATEN) nimmt positiv zur Kenntnis, dass der grundsätzliche Gedanke von allen geteilt werde. Schnellschüsse hülften sicherlich nicht, sondern es müsse darum gehen, das Richtige zu tun.

Er gehe nicht davon aus, dass die Grundidee nicht mehr aufgegriffen werde, wenn dieser Antrag abgelehnt werde. Insofern bitte er um Abstimmung.

Mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piraten lehnt der **Ausschuss** den Antrag ab.

